



## Israel verschärft Maßnahmen gegen palästinensische Bürger wegen Kritik am Gaza-Krieg.

Seit Beginn des Krieges im Gazastreifen vor einem Jahr intensiviert die israelische Regierung ihr Vorgehen gegen palästinensische Staatsbürger, die sich öffentlich gegen den Krieg äußern. Menschenrechtsorganisationen und Aktivisten kritisieren, dass diese Maßnahmen die Meinungsfreiheit einschränken und gezielt auf eine bereits marginalisierte Bevölkerungsgruppe abzielen. Ob es gelingt, den schmalen Grat zwischen Sicherheitsbedenken und Bürgerrechten zu wahren, bleibt eine offene Frage.

## Pakistan schränkt Internet- und Mobilfunkdienste vor Pro-Imran-Khan-Protest ein

Die pakistanische Regierung hat in ausgewählten Gebieten mit „Sicherheitsbedenken“ die mobilen Internet- und Telefondienste ausgesetzt. Hintergrund ist eine geplante Großdemonstration von Anhängern des inhaftierten Ex-Premiers Imran Khan in Islamabad. Die Maßnahme stößt auf scharfe Kritik von Opposition und Aktivisten, die sie als Versuch sehen, Proteste zu unterdrücken. Unterdessen bleibt die politische Landschaft des Landes von Spannungen und Unsicherheit geprägt.

## Nigeria setzt auf Erdgas: Reaktion auf steigende Transportkosten nach Streichung der Benzinsubventionen

Nach der Abschaffung der Benzinsubventionen sieht sich Nigeria mit einer der schlimmsten Lebenshaltungskostenkrisen seiner Geschichte konfrontiert. Um die Auswirkungen abzufedern, setzt das Land zunehmend auf Erdgas als Alternative im Transportsektor. Die Regierung bewirbt die Umstellung als nachhaltige Lösung, doch viele Bürger kämpfen weiterhin mit explodierenden Kosten für Grundbedarfe. Die Frage bleibt: Kann Erdgas die breite Bevölkerung wirklich entlasten?

## Uruguay: Präsidentschaftswahl wird zum spannenden Kopf-an-Kopf-Rennen

In Uruguay entscheidet sich am Sonntag, wer die kommenden Jahre das Land regieren wird. Die Wahl verspricht spannend zu werden, denn das Rennen zwischen der konservativen Regierungspartei und einer linken Koalition ist völlig offen. Im ersten Wahlgang verfehlten beide Seiten eine absolute Mehrheit. Die hohe Beteiligung und die Polarisierung der Wähler zeigen, wie stark das Interesse an der politischen Zukunft des Landes ist – ein seltener



Moment in einer sonst eher ruhigen Demokratie.